

---

---

## **BIW - Aktuell**

**Ausgabe 7 / 2004**

**Ein Service der BÜRGER IN WUT** <http://www.buerger-in-wut.de>

---

---

### **Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika**

In Reaktion auf die Affäre um das Hilfsschiff "Cap Anamur", dessen Besatzung Anfang Juli 37 aus Seenot gerettete afrikanische Flüchtlinge gegen den Willen der italienischen Behörden in Sizilien an Land setzte, hat sich Bundesinnenminister Schily kürzlich mit einem interessanten Vorschlag zu Wort gemeldet.

Die EU solle, so der SPD-Politiker, Auffanglager in nordafrikanischen Staaten für Menschen einrichten, die in Europa Zuflucht vor politischer Verfolgung oder Krieg suchten. Hier könnten die Anträge der Asylanten geprüft und abschließend beschieden werden. Abgelehnte Bewerber, die zunächst nicht in ihre Heimat zurückkehren können, müssten in diesen Lagern auf unbestimmte Zeit verbleiben. Dadurch, so Schily, sollten Flüchtlinge davon abgehalten werden, sich in zum Teil völlig seeuntauglichen Booten über das Mittelmeer auf den Weg nach Europa zu machen. Experten gehen davon aus, dass pro Jahr etwa 5.000 Menschen bei dem Versuch ertrinken, die Küsten Europas zu erreichen. Deshalb, so Schily weiter, solle zusätzlich ein Rettungsdienst eingerichtet werden, um schiffbrüchigen Flüchtlingen zu Hilfe zu eilen. Da diese Menschen nicht nach Europa, sondern in eines der nordafrikanischen Aufnahmelager gebracht werden, entfalle für potentielle Flüchtlinge jeder Anreiz, sich vorsätzlich auf die gefährliche Reise zu den Küsten des alten Kontinents zu machen.

Schilys Idee ist nicht wirklich neu. Bereits im vergangenen Jahr forderte der britische Premierminister Blair, dessen Land seit Jahren mit einem starken Zustrom von Asylbewerbern zu kämpfen hat, illegale Zuwanderer in Transitlagern vor den europäischen Außengrenzen abzufangen, um dort die eingereichten Asylanträge zu prüfen. Blair ging allerdings noch weiter: Der britische Premierminister wollte nämlich auch Flüchtlinge, die sich bereits in der EU aufhalten, in sog. "Schutzlager" etwa in Marokko oder Somalia schicken. Dort sollten sie das gesamte Asylverfahren durchlaufen. Dieser Vorschlag wurde allerdings vom EU-Ministerrat mehrheitlich zurückgewiesen. Auch die deutschen Vertreter stimmten damals gegen die Initiative Großbritanniens.

Das war zweifellos ein Fehler. Ein Blick auf die nüchternen Fakten zeigt das Dilemma am Beispiel Deutschland: Trotz des sog. Asylkompromisses von 1992 sind noch immer rund 95% der etwa 70.000 Asylbewerber, die Jahr für Jahr in unser Land kommen, nicht politisch verfolgt. Berücksichtigt man noch diejenigen abgelehnten Asylanten, die nach den Regeln der Genfer Flüchtlingskonvention wegen Krieg oder Bürgerkrieg ein Bleiberecht genießen, sind es immer noch rund 80% aller Asylbewerber, die widerrechtlich nach

Deutschland einreisen. In ihre Heimat zurückgeschickt wird allerdings nur etwa ein Drittel dieser Ausländer, und das im Regelfall auch nicht sofort, sondern oftmals erst nach längerem Aufenthalt in Deutschland.

Ein wichtiger Grund: Um ihrer Abschiebung zu entgehen, vernichten nämlich viele Asylbewerber schon vor dem Grenzübertritt alle Ausweispapiere und verschleiern so ihre Herkunft. Die Behörden müssen dann in mühevoller Kleinarbeit recherchieren, woher ein Flüchtling eigentlich kommt. Nur dann ist seine Rückführung überhaupt möglich. Theoretisch zumindest. Denn einige Länder in der Dritten Welt weigern sich beharrlich, ihre aus Deutschland ausgewiesenen Bürger wieder aufzunehmen, wenn nicht eindeutig nachgewiesen werden kann, dass es sich tatsächlich um einen ihrer Staatsbürger handelt. Und natürlich wehren sich die Betroffenen mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln, um ihrer Ausweisung zu entgehen. Dabei werden sie häufig von deutschen Hilfsorganisationen wie Pro Asyl und findigen Anwälten unterstützt, die Verfahren vor den Verwaltungsgerichten endlos in die Länge ziehen. Die Folge: Trotz Ausreisepflicht werden abgelehnte Asylbewerber und illegale Zuwanderer oft über Jahre hinweg in Deutschland geduldet, nehmen soziale Leistungen in Anspruch und tauchen nicht selten in die Illegalität ab. Das alles verursacht immense Kosten für den Staat und verschärft die Spannungen speziell in den Großstädten.

Doch genau das kann sich Deutschland angesichts hoher Staatsschulden, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau einfach nicht mehr leisten. Deshalb muss Wirtschaftsflüchtlingen jeglicher Anreiz genommen werden, nach Deutschland oder in andere Länder der EU zu kommen. Das gilt um so mehr als sich das Problem nicht zuletzt wegen der Bevölkerungsexplosion in vielen Ländern Afrikas in den nächsten Jahren deutlich verschärfen wird - mit unabsehbaren Folgen für den inneren Frieden und die Stabilität in Europa. Schilys Vorstoß geht deshalb in die richtige Richtung. Denn ein Zuwanderer der weiß, dass seine Reise ins gelobte Europa nicht an den Fleischtöpfen eines generösen Sozialstaates, sondern in einem kargen Auffanglager in Nordafrika endet, wird es sich angesichts dieser wenig verheißungsvollen Perspektive zweimal überlegen, ob er seine Heimat tatsächlich verlassen soll. Gleichzeitig entzieht man skrupellosen Schlepperbanden, die Menschen in der Dritten Welt mit falschen Versprechungen auf die verhängnisvolle Reise in die Industrienationen des Nordens locken, wirkungsvoll den Boden.

Die politische Linke in Deutschland will das natürlich nicht wahrhaben. Hier hält man ideologisch borniert am Dogma der multikulturellen Gesellschaft fest, koste es, was es wolle. Und das heißt in der Praxis, möglichst viele Zuwanderer ohne Rücksicht auf deren Integrationsfähigkeit bei uns aufzunehmen. Der Vorschlag Schilys ist mit diesem abstrusen Konzept natürlich nicht vereinbar. Entsprechend harsch fiel denn auch die Kritik vor allem aus dem Lager von Bündnis90/Die Grünen sowie der SPD-Linken an dem Vorstoß des Bundesinnenministers aus. In der oppositionellen Union waren die Meinungen wieder einmal gespalten. Während CDU-Chefin Merkel und der bayerische Innenminister Beckstein mehr oder minder starke Zustimmung zum Schily-Konzept signalisierten, sprach CDU-Vize Schäuble im Zusammenhang mit dem Vorschlag diffamierend von "Internierungslagern" und empfahl Schily, "*solche*

*Vorschläge nicht einmal im Sinne eines lauten Nachdenkens zu machen".* Nach seiner brüsken Ablehnung eines Volksbegehrens über die EU-Verfassung auch in Deutschland leistet sich Schäuble mit diesem Anwurf nun schon den zweiten Fauxpas in nur kurzer Zeit. Schäuble hat seinen politischen Zenit längst überschritten. Man kann dankbar dafür sein, dass uns dieser heute völlig abgehobene CDU-Politiker als Bundespräsident erspart geblieben ist!

Für die BIW ist die Sache klar: Der Vorschlag von Innenminister Otto Schily verdient Unterstützung und muss Ausgangspunkt für eine offene Diskussion über eine neue, zukunftsfähige Flüchtlingspolitik in der EU sein! Die Probleme der Dritten Welt können nicht dadurch gelöst werden, indem man einer vergleichsweise kleinen Schar von Armutsflüchtlings den Zugang nach Europa ermöglicht, während in den Herkunftsländern die breite Masse der Menschen im Elend lebt.

Konkret fordern wir folgende politische Schritte:

- Abschluss bilateraler Abkommen zwischen der EU und sicheren Drittstaaten im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, auf deren Boden Aufnahmelager unter Aufsicht der EU bzw. der UNHCR eingerichtet werden. In diese Aufnahmelager werden alle Zuwanderer ohne gültiges Visum verbracht, die an den Grenzen der EU aufgegriffen werden. Die Weiterreise nach Europa wird nach eingehender Prüfung nur solchen Personen gestattet, die politisch verfolgt sind oder vor Krieg bzw. Bürgerkrieg fliehen mussten. Alle anderen werden direkt in ihre Heimat zurückgeschickt oder müssen in den Lagern bleiben, bis ihre Herkunft geklärt ist.
- Dem Vorschlag von Tony Blair folgend sind alle bereits in der EU befindlichen Ausländer, die sich illegal in der Gemeinschaft aufhalten oder ihre Nationalität verschleiern, ebenfalls in diese Aufnahmelager zu bringen.
- Gegen Staaten, die sich weigern, ihre abgeschobenen Staatsbürger wieder einreisen zu lassen, sind von Seiten der EU drastische Sanktionen zu verhängen.
- Anerkannte Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge sind nach einem festen Schlüssel gerecht auf alle Mitgliedsstaaten der EU zu verteilen.
- Die Gewährung von Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg ist ein vorübergehendes Recht. Auch anerkannte Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge sind deshalb in ihre Heimat abzuschicken, sobald die Fluchtgründe entfallen sind.

Es wird höchste Zeit, dass diese Eckpfeiler einer vernunftorientierten Asyl- und Flüchtlingspolitik endlich auch in Deutschland Allgemeingut werden. Solange freilich die GRÜNEN als Träger des Multikulti-Wahns an der Regierung beteiligt sind und sich bei verwöhnten Yuppies der gehobenen Mittel-

schicht wachsenden Wählerzuspruchs erfreuen, dürfte die dringend gebotene Wende in der Ausländerpolitik wohl Illusion bleiben.

+ + +

## **Cannabislegalisierung in der Schweiz?**

Die Riege der in der Schweiz traditionell starken Befürworter einer Freigabe von Rauschdrogen gibt nicht auf: Nachdem eine Gesetzesvorlage zur Legalisierung von Haschisch und Marihuana dank veränderter politischer Mehrheiten und diplomatischem Druck aus dem Ausland im Berner Parlament abgeschmettert wurde, soll nun ein Volksentscheid dem unkontrollierten Cannabiskonsum den Weg ebnen. Initiator des Volksbegehrens ist ein Komitee mit dem verwirrenden Namen "Pro Jugendschutz gegen Drogenkriminalität". Die Gruppierung will ähnlich wie in Holland den Besitz und Gebrauch von Haschisch und Marihuana straffrei stellen.

Ein Erfolg der Initiative hätte auch für Deutschland schlimme Folgen. Es ist dann nämlich zu befürchten, dass die Schweiz nach den Niederlanden das zweite Einkaufsmekka für Cannabiskonsumenten in Europa wird. Und das wird sich nicht zuletzt bei uns in Deutschland bemerkbar machen. Erst dieser Tage veröffentlichte die Deutsche Hauptstelle für Suchtgefahren besorgniserregende Zahlen über den Cannabismissbrauch bei Jugendlichen. Bereits heute konsumieren 10% der Deutschen im Alter von 16 Jahren regelmäßig Haschisch oder Marihuana - Tendenz steigend.

Gleichzeitig sinkt das Einstiegsalter für den Erstkonsum von Cannabis und liegt heute bei nur noch 16,5 Jahren, ein Jahr weniger als noch in 1993. Die Folge: Immer mehr junge Menschen müssen sich wegen ihrer Cannabis-Abhängigkeit ambulant behandeln lassen. Aber auch bei Gelegenheitskonsumenten zeigen sich erhebliche Nebenwirkungen etwa auf die Merk- und Konzentrationsfähigkeit. Im Straßenverkehr nimmt die Gefährdung durch bekifftete Fahrer zu. Von den wissenschaftlich breit dokumentierten Langzeitfolgen, die der regelmäßige Konsum mit sich bringt, einmal ganz zu schweigen.

Wir BiW meinen: Die Verharmlosung von Cannabis durch linke Politiker und Medien, die alle Präventionsbemühungen gerade bei Jugendlichen untergräbt und entscheidend zum wachsenden Missbrauch dieser vermeintlich "weichen Droge" beiträgt, muss endlich beendet werden! Rauschdrogen welcher Art auch immer sind gesellschaftlich zu ächten und nicht zu tolerieren! Gleichzeitig muss alles getan werden, um die Verbreitung von Rauschgiften in Deutschland zu verhindern. Sollte es in der Schweiz tatsächlich zu einer Legalisierung von Haschisch und Marihuana kommen, ist durch deutlich verschärfte Grenzkontrollen dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nicht auch noch von Süden her mit Cannabis überschwemmt wird.

+ + +

## Zu guter Letzt

Bush jr., Putin und Schröder bekommen Verbindung mit dem Himmel.

Gott spricht zu ihnen: *"Ihr dürft mir jetzt die Frage stellen, die Euch am meisten bedrückt!"*

Bush jr.: *"Wann werden die US-Truppen den Irak verlassen?"*

Gott: *"In 25 Jahren."*

Bush jr.: *"Das ist zu spät, dann bin ich nicht mehr im Amt!"*

Putin: *"Wann wird Russland sich endlich aus seiner Krise befreien?"*

Gott: *"In 75 Jahren."*

Putin: *"Das ist zu spät, dann bin ich nicht mehr im Amt!"*

Darauf Schröder: *"Wann werde ich endlich meine Versprechungen wahr machen können?"*

Gott: *"Dann bin ich nicht mehr im Amt..."*

---

V.i.S.d.P.: Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, c/o Jan Timke, Rotdornallee 18a, D-28717 Bremen. E-Mail: [info@buerger-in-wut.de](mailto:info@buerger-in-wut.de). Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der BIW.